

Wir, alle und die Stimmen des Ganzen

Repräsentation und Vereinnahmung

Konstruktion kollektiver Identitäten und die Integration der Einzelnen

Menschen treten nicht nur als Individuum, sondern auch als Gruppe auf. Nur in wenigen Fällen jedoch sind diese Gruppen das Ergebnis freier Vereinbarung, also die gleichberechtigte Einigung auf eine gemeinsame Organisation unter Sicherung der Autonomie des Einzelnen. Die meisten Gruppen basieren auf der äußeren Schaffung kollektiver Identität und/oder der Erzwingung der Mitwirkung in einer Gruppe.

Zum Verständnis der Ausführungen in diesen Texten über Kollektiv, kollektive Identität und – dazu im Gegensatz – Kooperation, ist eine Definition nötig, wie sie dann hier gelten soll. Wie bei allen Begriffen, vor allem solch komplexen Inhalten, existieren auch andere Begriffsdefinitionen. Dadurch werden Missverständnisse produziert.

Kollektiv meint hier einen Zusammenhang von Menschen, der mehr ist als die Summe der Einzelnen und auch mehr als die Kooperation der Einzelnen, die ja dank besserer Handlungsmöglichkeiten, gegenseitiger Hilfe und Ergänzung von Fähigkeiten bereits über die reine Summe der Beteiligten hinausgeht.

Kollektivität macht aus der Summe eine Art eigener Person. Das Kollektiv handelt nicht mehr nur in Form der Einzelnen und ihrer freien Kooperationen, sondern jetzt selbst. Dabei kommt es nicht darauf an, ob das bei näherem Hinsehen tatsächlich stimmt oder ob es nicht doch weiterhin Einzelne sind, die handeln. Entscheidend ist, dass es so wirkt, dass das Kollektiv handelt und dieses auch bei den Mitgliedern des Kollektivs so empfunden wird. Das „Wir“ entwickelt sich von der reinen Beschreibung („Wir spielen Fußball“) zu einer eigenen Persönlichkeit („Wir sind der FC X“). Diese kann handeln und im zur Zeit existierenden kapitalistischen Rechtsstaat als Rechtsperson sogar Verträge unterschreiben, die die Einzelnen binden, ebenso Eigentum bilden usw.

Eine weitere Stufe erlangt das Kollektiv – und zwar regelmäßig – mit einer Identität, die dem Kollektiv zugeordnet wird. Sie beschreibt Wesensmerkmale des Kollektivs und trennt damit zwischen Innen und Außen. Sie ist – wie das Kollektiv selbst – immer damit verbunden, auch gedacht zu werden von den Mitgliedern des Kollektivs (allen, den meisten oder den prägenden). Die größte kollektive Einheit ist zur Zeit das Volk als originäre Bevölkerung einer Nation oder nach ähnlichen Kriterien, z. B. geographischen Regionen, abgegrenzt. „Die Schweizer“ werden als mehr gedacht als das reine Nebeneinander von Millionen von Menschen, mit unterschiedlicher Sprache und noch vielen weiteren Unterschieden. Das Ganze wurde handlungsfähig, trat als Akteur im globalen Maßstab auf und schuf sich eine Identität, die mehr darstellt als die Grenzkontrolle an einer eher zufälligen Grenzlinie. Immerhin ist diese Identität nicht mit einem derart übersteigerten Gefühl der Rassenüberlegenheit verbunden, wie es „die Deutschen“ schon einige Male drauf hatten und daraus einen – blutig umgesetzten – Anspruch auf Vernichtung vermeintlich Minderwertiger ableiteten. Kooperation meint hingegen einen Zusammenhang zwischen Menschen, bei denen keine Eigenpersönlichkeit des Gemeinsamen entsteht, sondern die Menschen die nach außen Handelnden bleiben. Das schließt weder gemeinsames Eigentum noch Kooperationen der Kooperationen aus (im Sinne von Räten oder Ähnlichem, soweit diese nicht mit kollektiver Identität oder Vertretungsmacht als Gemeinwille ausgestattet sind).

In der Kooperation zählt nicht die durchschnittliche, mehrheitlich oder hierarchisch geschaffene Gesamtmeinung, sondern die Vielfalt und Unterschiedlichkeit bleibt erhalten und zur Stärke des aufeinander abgestimmten, frei vereinbarten aber nicht vereinheitlichten Tätigkeitsprozesses.

Ein Problem ist schon die kollektive Identität als solches. Durch Festlegung scheinbar gemeinsamer Eigenschaften der zu einer identitären Gruppe zusammengefassten Menschen entsteht ein Kollektiv. Regelmäßig ist das verbunden mit einem offensiven Bezug auf das „Wir“ im Sinne einer Konstruktion des gemeinsamen Seins und des gemeinsamen Willens. Typisch ist zudem die Abgrenzung gegen das Andere – oft ist diese Abgrenzung der Hauptvorgang der Bildung kollektiver Identität. Daher ist Ausgrenzung in einer Gesellschaft kollektiver Identitäten der Normalzustand und findet auf allen Ebenen der Gesellschaft und in fast allen Gruppen und Zusammenhängen von Menschen (gesellschaftliche Subräume) statt. Kollektive Identität besteht aus der Definierung des Identitäres, also des die Menschen Verbindenden. Hier können diskursive Herrschaftselemente wie die Zurichtung auf Geschlecht, sozialer Gruppe, Nation, Verein usw. ebenso wirken wie die Entwicklung bestimmter Verhaltens-, Kleidungs- oder Sprachcodes als verbindendes Element einer identitären Gruppe. Sympathie und Antipathie beruhen auf diesen Identitäten. Abgrenzung gegen das „Andere“ stärkt die Einbildung gleicher Eigenschaften von Menschen, die als eigenes soziales Umfeld vermutet werden. Das Kollektive entsteht durch die Wahrnehmung und Formulierung des Identitären als Gleiches und Gemeinsames. Am häufigsten geschieht das durch den Einsatz des Wortes „Wir“ – verstärkt wiederum in Verbindung mit der Abgrenzung gegenüber dem Anderen als „Ihr“ oder „Du“. „Wir“ bezeichnet dann eine kollektive Identität, wenn es nicht einen tatsächlichen Ablauf beschreibt („Wir waren gestern in X-Stadt“ oder „wir haben überlegt, die und die Sache jetzt zu machen“), sondern als verinnahmendes Wort genutzt wird, d.h. durch die Nutzung die Kollektivität hergestellt wird. Ein solches „Wir“ schafft erst den gemeinsamen Willen. Daher ist es ein typischer Teil dominanten Sprachstils, als „Wir“ zu sprechen und damit eine Entscheidungsfindung oder eine Vielfalt selbstbestimmter Meinungen durch eine kollektive Identität zu ersetzen. Allerdings sind auch andere Sprachformen als das „Wir“ möglich, z.B. der Verweis auf Traditionen („Es ist schon immer so gewesen“ u.ä.). Auch hier wird Einheitlichkeit dadurch hergestellt, dass sie beschrieben wird. Ein kollektiv-identitäres „Wir“ unterscheidet sich vom beschreibenden „Wir“ also dadurch, dass der zeitliche Ablauf umgekehrt ist. Das beschreibende „Wir“ versucht, einen Prozess im Nachhinein zu beschreiben. Das kollektiv-identitäre „Wir“ schafft die Einheitlichkeit durch die Benutzung des „Wir“.

In diese kollektiven Identitäten werden Menschen oft ungefragt hineingesteckt, es entstehen also erzwungene Mitgliedschaften. Teil eines Kollektivs zu sein, ohne gefragt zu werden oder sich dazu frei entscheiden zu können, ist Herrschaft. Solcher Zwang entsteht dabei nicht erst durch Nötigung zum Beitritt, sondern bereits durch eine Definition der Zugehörigkeit ohne Einverständnis, oft gar ohne Information der Eingemeindeten. Das geschieht bei der Festlegung von Nationalität, Geschlecht, die Anmeldung an einer Schule, oft auch in einem Verein oder durch die nicht lösbare Bindung in einer Familie. Vor allem für jüngere Menschen ist diese Erfahrung von Zwang alltäglich. Ebenso entsteht Zwang, wenn es keine Alternative zur Mitgliedschaft in einer Gruppe gibt oder ein Verzicht mit erheblichen Nachteilen verbunden wäre. Schließlich führen Vermischungen mit anderen Typen von Herrschaft zu Zwängen, z.B. die Zurichtung durch Erziehung, Medien usw. in einer Weise, die Menschen so konditioniert, dass sie sich zum Teil einer Gruppe machen.

Kollektive Identitäten und erzwungene Mitgliedschaften erfordern die Existenz von Personen, die die Identität (das „Wir“) definieren oder einen Zwang ausüben. Sie sind niemals Ergebnis eines gleichberechtigten Einigungsprozesses, also einer Organisation von un-

ten. Diese würde immer klären, dass die sich organisierenden Menschen je nach Fragestellung unterschiedliche Auffassungen haben und niemand in der Lage wäre, ohne Klärung der Auffassungen in einem Sprachstil des „Wir“ aufzutreten.

Beispiele für kollektive Identitäten:

- **Volk und Vaterland:** Beide entstehen durch die Konstruktion einer kollektiven Identität über die Beschreibung scheinbarer gleicher Eigenschaften, Traditionen, Umwelt, Fähigkeiten usw. sowie die Abgrenzung gegen das Andere, was von außen kommt und das „Wir“ direkt oder zumindest in der völkischen Reinheit bedroht. Ein Volk entsteht nie durch die Einigung der Menschen darauf, ein Volk sein zu wollen, sondern durch Benennung des Kollektivs und der Benutzung des „Wir“ als kollektive Identität. „Wir Deutschen“ ist das nicht Ergebnis einer Selbstorganisation von Menschen zwischen Flensburg und Konstanz, sondern eine Formulierung, die die Identität erst schafft.
- **Nation:** Im Gegensatz zum Volk schafft die Nationalität eine erzwungene Mitgliedschaft durch formalen Akt in der Regel bei der Geburt. Sie ist herrschaftsförmig, weil kraft Geburt ohne Einwilligung durch die betroffene Person. Ähnlich wirkt die Zwangszugehörigkeit zu Familie, Religion, Geschlecht u.ä., die oft auch bereits bei der Geburt entschieden wird und ab dann das Leben prägen.
- **Identitäre Gruppen:** Die meisten Cliquen, religiösen oder politischen Gruppen sind identitäre Kollektive, denn ihre Mitglieder unterwerfen sich mehr oder weniger deutlichen Codes an Verhalten, Sprache und manchmal sogar Aussehen (Kleidung, Frisur). Zudem gibt es meist ein „Wir“, das über ein beschreibendes Wort hinausgeht, und klare Unterschiede darin, wer dieses „Wir“ wie einsetzt und damit die Identität der Gruppe prägt. Es ist Standard auch und gerade in politischen Zusammenhängen, dass einige Menschen privilegiert sind, Verhalten, Organisationsform und politische Position der Gruppe zu definieren – nach außen und nach innen. Ständige Aus- und Abgrenzungen gegenüber dem „Anderen“ sind die wenig überraschende Begleiterscheinung und zeigen nicht nur die herrschaftsförmige Organisation, sondern sind für diese auch wichtig.

★★★★★
Kollektivität in anarchistischen Kreisen: Siehe unter www.projektwerkstatt.de/anarchie/a_kollektiv.html

Repräsentation

Gänzlich unmerklich ist die Beherrschung durch Vereinnahmung. Einzelne können im Namen Vieler oder Aller sprechen, ohne die, für die sich sprechen, zu fragen oder überhaupt nur zu informieren. Die Fähigkeit, im Namen aller zu sprechen und dabei auch als legitime SprecherInnen wahrgenommen zu werden, ist ein Privileg. Es ist ungleich verteilt. Das gilt sowohl in Bezug auf Staaten, wo irgendwelche Mächtigen im Namen ihres Volkes oder, ähnlich gemeint, der BürgerInnen sprechen, als auch in allen gesellschaftlichen Subräumen, in denen ständig privilegierte Personen ihre Familie, Vereine, Firmen oder sogar rein informelle Zusammenhänge wie soziale Bewegungen nach außen vertreten. Die Repräsentation schafft erst das „Wir“ und haucht diesem dann die Meinung der Privilegierten als Gesamtwille ein.

Die Entmündigung wird offen eingefordert. Das Zusammenspiel zwischen Masse und SprecherInnen funktioniert zu einem von beiden Seiten erwünschten Ereignis. Die einen erhöhen ihr Gestaltungspotential, d.h. ihre Macht, die anderen empfinden einen scheinba-

ren Bedeutungsgewinn, wenn – wo sie selbst schon so kleine Lichter sind und ohnmächtig in der Welt stehen – wenigstens ihre Führungspersonen Einfluss zu haben scheinen.

Monika Kappus beklagte sich am 23.9.2005 in einem Kommentar der FR nach der Bundestagswahl, dass die Parteien zu zögerlich wären: „Der Wähler hat seine Stimme abgegeben, damit andere für ihn sprechen.“ Wahlen sind ohnehin eine bemerkenswerte Mischung verschiedener Formen der Beherrschung. Die WählerInnen werden zu Masse ohne Differenz – alle haben genau den gleichen, aber nur als Einzelperson ausführbaren Einfluss, der nicht mehr messbar ist. Immer wieder verschwinden Wahlurnen, was jedoch nicht zur Ungültigkeit der Wahl führt, weil selbst ein ganzer Stimmbezirk keinen statistisch messbaren Einfluss auf das Ganze hat. Die WählerInnen können weder Fragestellung noch Entscheidungsmodus bestimmen. Und sie werden alle vom späteren Ergebnis repräsentiert – unabhängig davon, was sie gewählt oder ob sie überhaupt mit abgestimmt haben. Der totalen Vereinnahmung der späteren WahlsiegerInnen als legitime Vertretung aller Menschen kann sich niemand entziehen.

Aus Agnoli, Johannes/Brückner, Peter (1967), „Die Transformation der Demokratie“, Voltaire Verlag in Berlin (S. 28)

... in der Gesellschaft vorhandene, teils sich hart widersprechende Kräfte sollen parlamentarisch und durch das Parteiensystem nicht reproduziert und damit politisch potenziert, sondern repräsentiert, und in ihrer Widersprüchlichkeit entschärft werden.

Erklärung auf der Kinder-Demokratiesite der Bundeszentrale für politische Bildung (www.hanisauland.de)

In der Schulklasse können nicht alle gleichzeitig reden und ihre Meinung durchsetzen. Dafür braucht man einen Klassensprecher oder eine Klassensprecherin, der oder die mit der Mehrheit der Mitschüler und Mitschülerinnen gewählt werden. Sie versuchen, die Interessen derjenigen, die sie gewählt haben, richtig zu vertreten, zum Beispiel gegenüber Lehrerinnen und Lehrern oder in der Schulversammlung.

In der Politik ist es ähnlich. In bestimmten Zeitabständen wählen die Wahlberechtigten (in Deutschland ab 18 Jahren) ihre Vertreterinnen und Vertreter aus bestimmten Parteien, von denen sie glauben, dass sie von ihnen am besten vertreten werden. Diejenigen, die gewählt sind, werden in die Volksvertretung, das Parlament, geschickt. In Deutschland ist das der Deutsche Bundestag. Dort versuchen die Volksvertreter und Volksvertreterinnen, die Abgeordneten, das Beste für ihre Wählerinnen und Wähler zu erreichen. Wichtig ist, dass bei den Wahlen jeder für sich geheim in einer Kabine eine Partei und seine Vertreter und Vertreterinnen wählen kann. Niemand soll dabei von außen beeinflusst werden, niemand braucht Angst zu haben, wegen seiner Wahl Nachteile zu erleiden.

Masse, Repräsentation und Privileg

Am 4. Oktober 2008 wurde bekannt, dass der Telekom (der zu dieser Zeit führende Telekommunikationsanbieter in Deutschland) Millionen von KundInnen Daten geklaut wurden. Dabei waren auch Prominente – in den Hörfunknachrichten wurden die Namen von Günter Jauch (Fernseh-Unterhalter) und Franz Beckenbauer (Ex-Weltfußballer) benannt. Die Namen der Millionen Unbekannten fehlten. Die Bundesregierung ordnete eine Untersuchung an, wie die Daten führender PolitikerInnen und WirtschaftsfunktionärInnen in Zukunft besser geschützt werden könnten. Die Daten anderer waren gleichgültig.

Der Vorgang zeigt das Dilemma der Repräsentation. Die jeweils Entscheidungsmächtigen – hier in Medien bzw. in Regierungen – bevorzugen Ihresgleichen. Dabei geht es nicht mehr um Parteizugehörigkeiten oder Sippschaften, wie sie in alten und ganz alten Zeiten wichtig waren. Sondern es geht um die Zugehörigkeit zu den Deutungs- und Funktionsebenen. Die Personen dort mögen zu guten Teilen austauschbar sein, doch in ihrer Funktion erkennen sie sich an.

Würde sich das bei anderen Formen von Repräsentation ändern? Wie sähe das aus z.B. in einem Räte-System? Wer die Prinzipien von Repräsentation begreift, wird schnell erkennen: Kaum verändert. Warum sollten diejenigen, die in einem Rat sitzen, ihre daraus resultierenden Privilegien selbst in Frage stellen, in dem sie genau diese Privilegien bei anderen Angehörigen der Räte kritisieren? Folglich wird jeder Rat kraft seiner Existenz zur Elite. Die Beteiligten stützen sich gegenseitig und bestimmen den Diskurs. Die Überlegungen, imperative Mandate einzuführen oder Delegierte jederzeit abwählen zu können, sind naiv. Sie gehen von einer objektiven Beobachtungsmöglichkeit der Räte aus. Doch diese bestimmen die Wahrnehmung ihrer Tätigkeit. Sie steuern den Diskurs über sich selbst.



Stellvertretung als Säule
der Demokratie: [www.
projektwerkstatt.de/
demokratie/
stellvertretung.html](http://www.projektwerkstatt.de/demokratie/stellvertretung.html)

Schlussgedanke

An dieser Stelle endet die Darstellung der verschiedenen Formen von Beherrschung, Machtverteilung und Steuerung von Gesellschaft. Es soll in den weiteren Texten nun um die theoretischen Grundlagen herrschaftsfreier Gesellschaft, also der freien Menschen in freien Vereinbarungen gehen, bevor dann praktische Strategien und Schritte dargestellt werden.

Vorher aber noch eine wichtig begriffliche Klarstellung. Es muss unterschieden werden zwischen den Begriffen „Herrschaft“, „Macht“ und „Möglichkeit“. Der Begriff ist gebräuchlich zur Beschreibung eines zwischenmenschlichen Verhältnisses, nämlich der Fähigkeit zur direkten Ausübung von Zwang gegenüber anderen Menschen. Von Macht wird dann gesprochen, wenn sie diese nicht kontinuierlich auf bestehenden Rahmenbedingungen beruht, sondern auf das konkrete Verhältnis zwischen den Menschen bzw. einzelnen Gruppen. Verfestigt sich dieses Machtgefälle durch institutionalisierte Regeln, Diskurse, Privilegien oder Durchsetzungsmittel, so sprechen wir von Herrschaft.

Davon deutlich zu unterscheiden ist die Bedeutung von „Macht“ im Sinne von Möglichkeiten: „Ich habe die Macht zu ...“ sowohl im allgemeinen Sinne von „ich kann ...“ oder als Möglichkeit des Handelns in sozialen Beziehungen. Letztere muss nicht gegen andere Menschen gerichtet sein und wäre dann eher der Gegenbegriff zu Ohnmacht. Dabei wird nicht mehr zwingend von einem Verhältnis zwischen Menschen ausgegangen, sondern in dieser Bedeutung ähnelt Macht dem Begriff „Fähigkeit“. Für eine emanzipatorische Debatte erscheint das Wort „Möglichkeit“ zielgenauer. Mit „gleichberechtigten Möglichkeiten“ z.B. zur Reproduktion oder Rohstoffnutzung ist dann gemeint, dass die Menschen auf alle gesellschaftlichen Ressourcen gleich gut zugreifen können, d.h. die Vielfalt der Welt und die unterschiedlichen Lebensentwürfe entstehen durch freien Willen – nicht mehr durch soziale Herkunft, Reichtum usw.